Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 246 — Montag, am 21. Oktober 1929 — 95. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Der Preußische Landtag tritt am Mittwoch zur Vornahme von Abstimmungen zusammen.

— Die leitenden Beamten der Minderheitenabteilung des Völkerbundes begaben sich am heutigen Montag von Oberschlesien nach Ostoberschlesien.

— Der amerikanische Präsident Hoover wandte sich in einer öffentlichen Erklärung gegen die Haßinschrift an der Universität Löwen.

— Die chinesischen Generale rüsten wieder offen zum Bürgerkrieg.

— Der Inhaber der Königsberger Fahrradfirma Dr. Edgar Spiro u. Co., Dr. Spiro, ist nach großen Betrügereien flüchtig geworden.

— In der Nähe von Soufis in Griechenland sind durch heftige Regengüsse zwei Eisenbahnbrücken vollkommen unterspült worden, so daß der Verkehr zwischen Konstantinopel und Saloniki zur Zeit unterbrochen ist.

Verkehrsfragen des Ostens

Von Max Menzel.

Durch die sogenannten Friedensverträge sind an der deutschen Ostgrenze Verhältnisse geschaffen worden, die dringend einer kräftigen Remedur bedürfen. Allein durch die im Versailler Vertrag vorgesehene Regelung der deutschen Ostgrenze sind nicht weniger als 70 Eisenbahnstrecken durchschnitten worden. Die Abtrennung Ostpreußens vom Reiche hat einen Zustand geschaffen, bei dem das ostpreußische Eisenbahnnetz mit demjenigen des übrigen Deutschland nur durch Verbindungen über rein polnische Strecken funktionieren kann! Der wichtige Wirtschaftskomplex Danzigs ist außerdem sowohl vom Reiche, als auch von Ostpreußen abgeschnitten und nur nach Ueberwindung bedeutender Schwierigkeiten in Verbindung mit seinem natürlichen Hinterlande zu bringen. Die eigenartige Struktur des ostpreußischen Wirtschaftslebens bedingt aber eine möglichst innige Verkettung mit der deutschen Gesamtwirtschaft, soll hier auf der vorgeschobenen Plattform nicht alles Kultur- und Wirtschaftsleben der Verkümmerung und dem Absterben ausgesetzt werden. Gewiß sind in den letzten Jahren durch eine ganze Reihe von Verkehrsabkommen mit den beteiligten Ländern Erleichterungen gegenüber dem Zustand in der ersten Nachkriegszeit geschaffen worden. Trotzdem lassen sich selbst unter Weglassung aller politischen Gesichtspunkte noch wesentliche Verbesserungen erreichen.

Bei der gegebenen Sachlage ist es klar und verständlich, wenn die ostpreußische Bevölkerung von den Leitungen unserer großen deutschen Verkehrsinstitute ein besonderes Verständnis für ihre schwierige Lage erwartet. Es ist wohl lediglich auf den starken wirtschaftlichen Druck zurückzuführen, daß erst in letzter Zeit ein spürbares Eingehen auf ostpreußische Nöte festgestellt werden kann. So hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit der vor wenigen Wochen erfolgten Indienststellung des neuen Königsberger Bahnhofes und der im Zusammenhang damit geschaffenen Umgestaltung der gesamten Königsberger Bahnanlagen einen schönen Beweis dafür erbracht, wie eine Gesamtheit einem besonders notleidenden Teile zu helfen vermag.

Besondere Verkehrsverhältnisse bestehen in Ostpreußen nicht nur infolge seiner abgetrennten Lage, sondern auch im Hinblick auf das Klima. Vor allem der letzte harte Winter, der Erscheinungen mit sich brachte, wie sie in den letzten 80 Jahren im Osten nicht mehr festgestellt wurden, stellte die Verkehrsabwicklung vor außerordentlich schwierige Aufgaben. Es ist der Reichsbahn hoch anzurechnen, daß, von geringen Ausnahmen abgesehen, der Verkehr in normalem Umfange aufrechterhalten werden konnte. Weit größere Schwierigkeiten entstanden dem Fahr-, insbesondere dem Kraftwagenverkehr auf den verschneiten Landstraßen. Hier muß an die Finanzbehörden das dringende Ersuchen gerichtet werden, den Fahrzeughaltern, die an der Benutzung ihrer Kraftwagen durch den Zustand der Landstraßen verhindert sind, in steuerlicher Hinsicht mehr Erleichterungen zuteil werden zu lassen, als das im letzten Jahre der Fall gewesen ist. Leider sind die ostpreußischen Landstraßen so gut wie gar nicht auf den Autoverkehr eingestellt. Ihr Zustand schreit dringend nach Abhilfe. Es müssen gute Kunststraßen aus Beton oder mit Teer und Splittoberdecke hergestellt werden.

Die Reichspost hat den Zuleitungsverkehr zur Eisenbahn durch Postkraftwagen in großzügiger Weise organisiert. Gerade im verkehrsarmen Osten ist durch die Bereitstellung von Mitteln aus dem Gesamtaufkommen dafür zu sorgen, daß die schwer erreichbaren Gegenden besser bedient werden. Die Verkraftung des Landpostwesens mit der vorgesehenen Personenbeförderung kann in schwach bevölkerten Gebietsteilen ein gutes Mittel zur Beförderung von Reisenden sein.

Aufgeräumt werden müßte noch mit der unterschiedlichen Preisbemessung bei den Kraftposten.

Bedauert werden muß vielleicht noch die allzu große Zersplitterung der Fremdenverkehrswerbung, die einer straffen Zusammenfassung Platz machen sollte. Die große Parole: „Reise nach dem deutschen Osten" ist im übrigen Reiche noch zu wenig zu vernehmen. Dabei bietet Ostpreußen dem Naturfreund manches Schöne, was andere Gegenden entbehren müssen. Die vom Reich zwischen Swinemünde, Zoppot, Pillau und Memel eingerichtete Schiffsverbindung hat sich übrigens in vollem Umfange bewährt.

Meuterei am Yangtse.

Chinesische Regierungstruppen plündern die Stadt Wuhu.

— London, den 21. Oktober.

Die Garnison der chinesischen Stadt Wuhu am Yangtse hat gemeutert. Die Regierung in Nanking entsandte sofort starke Truppenabteilungen, um die Meuterer niederzukämpfen. Die Kämpfe zwischen den Meuterern und der Strafexpedition erstreckten sich über zwei Tage. Am Abend des ersten Tages beherrschten die Aufständischen noch die Stadt Wuhu. Zum Schutze der Ausländer entsandten die Engländer, die Amerikaner und die Japaner je ein Kanonenboot; ein weiteres englisches Kanonenboot lag beim Ausbruch der Unruhen vor der britischen Kolonie in Wuhu vor Anker.

Ueber die Einzelheiten der Meuterei werden folgende Mitteilungen gemacht: Die chinesischen Truppen in Wuhu hatten am Abend vor der Meuterei den Kaufleuten ein Ultimatum überreicht, in dem sie die Zahlung einer Summe von 120 000 Mark forderten. Als dieses Geld von der Bevölkerung aufgebracht worden war, stellte die Garnison eine neue Forderung in Höhe von 200 000 Mark. Nach der Ablehnung dieses zweiten Ultimatums gingen die Soldaten gegen drei Uhr morgens daran, die Geschäfte und die Häuser zu plündern.

Nach Ausbruch der Unruhen versammelten sich die Europäer an der Wasserfront, wo sie von den dort liegenden Schiffen an Bord genommen wurden. Die Missionare weigerten sich jedoch, ihre Posten zu verlassen. Zum Schutz der fremden Niederlassung setzte ein Kanonenboot eine Abteilung Marinesoldaten an Land.

*

Kommt es doch zum Bürgerkrieg?

Tschangkaischek übernimmt den Oberbefehl. — Tschangfakwai marschiert in Honan ein.

Die Bemühungen des französischen Staatspräsidenten Tschangkaischek um einen Ausgleich der Differenzen scheinen noch keinen durchschlagenden Erfolg gehabt zu haben. Es werden neue Vorbereitungen zum Kampfe gemeldet! Nachrichten aus Schanghai zufolge hat Tschangkaischek wieder den Oberbefehl über die Regierungstruppen übernommen und sich mit 15 000 Mann auserwählter Truppen in Richtung Hankau begeben, um die Sache der Regierung zu verteidigen. General Tschangfakwei, der Befehlshaber der sogenannten eisernen Division, der auf Seiten Fengs steht, marschiert gegenwärtig in die Provinz Honan ein.

Feng auf dem Vormarsch.

Die chinesischen Regierungstruppen räumen Hankau. — Die Meuterer in Wuhu von Japanern entwaffnet.

Die Lage der Nankinger Regierung gestaltet sich immer bedrohlicher. Die größte Gefahr droht offenbar von dem Marschall Feng, der bereits den Vormarsch auf Nanking angetreten und die chinesischen Regierungstruppen zum Rückzug gezwungen hat.

Nach einer Mitteilung des chinesischen Kriegsministeriums waren die Truppen Tschangkaischeks nach 27stündigem Kampf mit den Truppen Fengs gezwungen, Tschangtschau, das zwischen Hankau und Tientsin liegt, zu räumen. Tschangtschau wurde am Sonnabend von den Truppen Fengs besetzt. Die chinesischen Regierungstruppen haben mit der Räumung Hankaus begonnen.

In der Stadt Wuhu am Yangtse, deren Garnison gemeutert und einzelne Stadtteile geplündert hatte, ist die Ruhe wieder hergestellt. Die Japaner hatten 400 Matrosen gelandet, die Stadt- und Regierungsgebäude besetzt und die chinesischen Truppen entwaffnet.

Das Stahlhelm-Verbot.

Ein Brief des Reichskanzlers an die deutschnationale Reichstagsfraktion.

Im Zusammenhang mit der Auflösung der Stahlhelmorganisationen im Rheinland und in Westfalen richtete Reichskanzler Müller ein Schreiben an die deutschnationale Reichstagsfraktion, in dem es u. a. heißt:

„Eine Nachprüfung der von der „Reichsregierung" erklärten Zustimmung zu dem Verbot des Stahlhelms durch den Herrn preußischen Minister des Innern kommt nicht in Frage. Vorab bemerke ich, daß Ihre Auffassung rechtsirrtümlich ist, wonach im vorliegenden Falle unter „Reichsregierung" die Gesamtheit der Reichsminister zu verstehen sei. Auch in früheren Fällen, bei denen die Reichsminister Külz und v. Keudell mitgewirkt haben, ist ebenso verfahren worden. Ich darf ferner darauf hinweisen, daß beim diesjährigen Verbot des Roten Frontkämpferbundes genau nach den gleichen Grundsätzen verfahren worden ist. Meine Zustimmung als die des für die Bestimmung der Richtlinien der Politik zuständigen Reichskanzlers hat er vorher eingeholt. Darüber hinaus hat der Reichsminister des Innern auch die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes eingeholt und seine Entscheidung erst getroffen, nachdem auch vom Auswärtigen Amte keine Bedenken geäußert worden sind. Die Geländespiele des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold tragen, wie dies der politischen Einstellung des Reichsbanners entspricht, keinen militärischen Charakter im Sinne des Gesetzes vom 21. März 1921."

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die in verschiedenen rheinischen und westfälischen Gemeinden erfolgte Beschlagnahme von dem Stahlhelm gehörenden Geldbeträgen sowie die Sperrung von Postscheckkonten des Stahlhelms wieder aufgehoben wurde. Die Beschlagnahme sei von den örtlichen Polizeibehörden ohne Beauftragung von höherer Seite durchgeführt worden.

Völkerbundsbesuch in Ostoberschlesien.

Die leitenden Beamten der Minderheitenabteilung des Völkerbundes, Minister Aguirre de Carcer und Professor de Azcarate, die in der letzten Woche Oberschlesien bereisten, haben sich am heutigen Montag von Breslau zum Studium der Minderheitenverhältnisse nach Ostoberschlesien begeben. Hoffentlich läßt sich die Delegation auf der Reise durch Polen auch von Vertretern der deutschen Minderheit begleiten.

Steigender Ausfuhrüberschuß.

Von 118 Millionen Mark im August auf 166 Millionen Mark im September gestiegen.

Nach den soeben veröffentlichten Ergebnissen des deutschen Außenhandels im September betrug die Einfuhr im reinen Warenverkehr 1038 Millionen M., die Ausfuhr — einschließlich der Reparationssachlieferungen in Höhe von 67 Millionen Mark — 1204 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuß beträgt somit im September 166 Millionen Mark; im Vormonat war ein Ausfuhrüberschuß von 118 Millionen Mark zu verzeichnen.

Die Einfuhr ist gegenüber dem August um 34 Millionen Reichsmark zurückgegangen, und zwar hat die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nachgelassen, während diejenige von Fertigwaren wesentlich gestiegen ist. An der Ausfuhrsteigerung gegenüber dem Vormonat sind Lebensmittel, vorwiegend Getreide, beteiligt, dagegen ist die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren, sowie die von Fertigwaren leicht zurückgegangen.

Freilassung in der Bombenaffäre.

Weitere sechs Personen aus der Haft entlassen. — 14 Angeklagte noch in Haft.

In der Voruntersuchung wegen der Sprengstoffanschläge sind am Sonnabend die gegen die Mitglieder der sogenannten Thimm-Gruppe, Erich Thimm, Herbert Mitteldorf, Kurt Roßtäuscher, Heinrich Bauder und Willy Wiske erlassenen Haftbefehle vom Untersuchungsrichter aufgehoben worden. Der Untersuchungsrichter erachtet den gegen sie bestehenden Verdacht, an einer Verabredung zur Begehung von Sprengstoffanschlägen beteiligt gewesen zu sein, nach den bisherigen eingehenden Ermittlungen nicht mehr als so dringend, daß eine weitere Festhaltung geboten erscheint.

Auf die von Herbert Plaaß gegen den ablehnenden Beschluß der dritten Strafkammer des Landgerichts 1 eingelegte weitere Beschwerde hat der 3. Strafsenat des Kammergerichts den gegen Plaaß erlassenen Haftbefehl aufgehoben.

Gegen sämtliche in dieser Angelegenheit aus der Untersuchungshaft Entlassenen besteht jedoch der Tatverdacht fort. Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang. Zur Zeit befinden sich noch 14 Personen in dieser Sache in Untersuchungshaft.

Gegen das Volksbegehren.

Eine Erklärung führender Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Eine große Anzahl namhafter Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens, insbesondere der Wirtschaft und der Wissenschaft, nimmt in folgender Erklärung gegen das Volksbegehren Stellung:

„Bei voller Würdigung des nationalen Widerstandswillens, der in Par. 1 und 2 des Volksbegehrens nach Ausdruck ringt, sehen wir den vorgeschlagenen Gesetzentwurf und namentlich seine Par. 3 und 4 für die Führung unserer Außenpolitik als schädlich an. Diese Paragraphen wollen die Leiter der deutschen Außenpolitik, wer sie in Zukunft auch sein mögen, in ihrer Handlungsfreiheit durch einen Gesetzestext binden, dessen Auslegung schließlich dem Strafrichter zufallen soll. Ein unmöglicher Zustand.

Das Ergebnis der Youngverhandlungen in Paris und im Haag befriedigt auch uns nicht, so sehr wir die großen und ehrlichen Bemühungen der deutschen Unterhändler anerkennen. Aber ein Erfolg des Volksbegehrens würde alle Bestrebungen auf Besserung der deutschen Lage für jede absehbare Zeit vereiteln. Wir halten daher die Ablehnung des Volksbegehrens für den richtigen Dienst am Vaterlande."

Von den zahlreichen Unterzeichnern des Aufrufs seien folgende genannt: Der ehemalige Reichskanzler Dr. Luther, die früheren Reichsminister Albert, Schiffer, Geßler, Krohne und v. Raumer, Staatspräsident a. D. Dr. Hummel, die Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg, Petersen-Hamburg, Eichhoff-Dortmund und Belian-Eilenburg, Staatssekretär a. D. von Rödern, Ministerialdirektor a. D. Dr. Kriege, Botschafter a. D. Solf, Gouverneur a. D. Schnee, die Industriellen C. F. v. Siemens, Geheimrat v. Opel, Dr. Silverberg, Präsident Witthoeft-Hamburg, Geh.-Rat Stimming-Bremen, Präsident Fr. v. Mendelssohn-Berlin, Dr. Eckener-Friedrichshafen, die Universitätsprofessoren Nernst und Planck, Admiral Zenker, General Reinhardt u. a.

*

Kanzlerrede in Nürnberg.

Reichskanzler Müller sprach auf dem sozial-